

FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter August 2021

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) jährte sich am 28.07.2021 zum 70. Mal. Mahnende und bittere Töne prägten Kommentare und Stellungnahmen. Der Jahrestag gibt Anlass, die aktuelle Umsetzung der GFK einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

Das völkerrechtliche Abkommen entstand 1951 - kurz nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Eindruck von Millionen Flüchtlingen. Darin wurden Flüchtlingen erstmals universelle Rechte garantiert. In allen unterzeichnenden Staaten sollten Menschen, die wegen „Rasse, Religion, Staatszugehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ begründete Furcht vor Verfolgung haben, Zuflucht gewähren. Bis heute sind der Konvention 146 Staaten beigetreten.

Die [Süddeutsche](#) beginnt am 27.07.2021 den zentralen Artikel zum Jubiläum mit einer Schilderung eines Pushbacks an der türkisch-griechischen Grenze. Hierdurch werde der in der GFK verankerte Grundsatz der Nichtzurückweisung, auch Non-Refoulement-Gebot genannt, verletzt.

Diese gängige Praxis an den EU-Außengrenzen lässt [PRO ASYL](#) am 28.07.2021 fragen: „Feiertag, Trauertag, Todestag?“ An den EU-Außengrenzen passiere vielfach genau das Gegenteil von dem, was die GFK garantiere: Geflüchtete würden an Land- und Seegrenzen zurückgeprügelt oder an griechischen Grenzen mit Schallkanonen beschossen – und so daran gehindert Asyl zu beantragen. Männer, Frauen und Kinder würden bei Pushbacks auf dem Meer ausgesetzt.

In seiner Stellungnahme zum Jubiläum der GFK vom gleichen Tag plädiert UN-Flüchtlingshochkommissar [Filippo Grandi](#), den 70. Jahrestag als Chance zu sehen, das Engagement für das Ideal, eine bessere Welt zu schaffen, neu zu beleben.

Wir blicken im Newsletter in diesem Monat auf die Situation von sogenannten Ortskräften und anderen bedrohten Menschen in Afghanistan, auf den Bundestagswahlkampf und berichten über eine Entscheidung des OVG NRW zur Abschiebung nach Italien sowie die jüngsten Ausschreitungen gegen Flüchtlinge in der Türkei.

Wenn Ihr einen Artikel in diesem Newsletter kommentieren, kritisieren oder loben wollt, schreibt einfach eine E-Mail an die Adresse newsletter@fnnrw.de. Unter www.fnnrw.de könnt Ihr Euch für den Newsletter an- oder abmelden.

Dramatische Bilder vom Flughafen in Kabul

Hunderte harren vor den Eingängen am Kabuler Flughafen aus, weitere versuchen die mit NATO-Draht gesicherten Mauern zu überwinden. Diese Bilder tauchen in deutschen Medien auf und zeugen von der katastrophalen Situation vor Ort. Viele Menschen versuchen das Land zu verlassen. Doch auch der Weg zum Flughafen sei immer noch viel zu gefährlich, sagte Monica Hauser von Medica Mondiale am 19.08.2021 der Tagesschau. In der Stadt hätten die Taliban sämtliche Behörden und Checkpoints besetzt und sie höre von Frauenrechtlerinnen, die schon unterwegs waren und dann wieder umgekehrt seien. Der Leiter der Bundeswehrevakuierungsmission spräche im Briefing mit Journalisten von regelmäßigen Schüssen von afghanischen Kräften, die im Umfeld des Flughafens abgegeben würden, so der Spiegel am 19.08.2021.

Die Zeit drängt, um so viele Menschen wie möglich auszufliegen. In Kreisen der Bundesregierung taxiere man die Zahl der direkt und indirekt für Deutschland tätig gewesenen Ortskräfte und ihrer Angehörigen auf 20.000, so die Süddeutsche vom 14.08.2021. Während die Teilnahme am sogenannten Ortskräfteverfahren für Ortskräfte der Bundeswehr geklärt sei, müsse dies für Angestellte von Nicht-Regierungsorganisationen erst beantragt werden. Dann liege es im Ermessen des jeweiligen Ministeriums, heißt es in der Süddeutschen weiter.

Aktuell (Stand 18.08.2021) könnten jedoch nur noch ausländische, nicht-afghanische Staatsbürgerinnen ausreisen, beruft sich die Süddeutsche auf eine Unterrichtung des Verteidigungsministeriums und des Auswärtigen Amtes. Für viele Ortskräfte ist die Situation dramatisch. Angesichts der gegenwärtigen Lage weisen nun viele auf die stornierten Charterflüge hin, die bereits für den 22.06.2021 zur Evakuierung geplant waren. Das Verteidigungsministerium gab gegenüber der Süddeutschen am 20.08.2021 an, dass es Probleme mit der Visaerteilung hätte geben können. Damit attackiere das Verteidigungsministerium indirekt das Innenministerium, das für die Visa-Erteilung zuständig ist.

Erst in der zweiten Augustwoche sei das Visa-Verfahren dann vereinfacht worden, so dass Ortskräfte auch nach Ankunft in Deutschland ein Visum beantragen könnten.

Unter der Überschrift „Chronik des Versagens“ zeichnete am 17.08.2021 PRO ASYL in einem Artikel die Versäumnisse der Bundesregierung nach. Darin moniert die Organisation auch den viel zu spät erlassenen Abschiebungsstopp nach Afghanistan. Auch der Flüchtlingsrat NRW e.V. hatte die Abschiebungspolitik der Landesregierung NRW gegenüber dem WDR am 16.08.2021 scharf kritisiert. Schon am 24.06.2021 hatte sich PRO ASYL für schnelle und unbürokratische Verfahren bei der Evakuierung ausgesprochen.

Gemeinsam mit Rechtsanwältinnen, Juristinnenorganisation und nationalen sowie europäischen Anwältinnenorganisationen veröffentlichte PRO ASYL am 18.08.2021 ein Forderungspapier zur sofortigen Aufnahme von lokal Beschäftigten, deren Familien und Schutzsuchenden aus Afghanistan.

[Tagesschau: Frauenrechtlerinnen in Afghanistan](#)

[Spiegel: Bundeswehr-General fürchtet Eskalation am Flughafen Kabul.](#)

[Süddeutsche: Vergessene Helfer](#)

[Süddeutsche: Wie Bürokratie die Ausreise von Ortskräften verhinderte](#)

[Süddeutsche: Dramatische Lage in Kabul](#)

[PRO ASYL: Afghanistan: Eine Chronik des Versagens](#)

[WDR: Afghanistan: Flüchtlingsrat und Minister streiten über NRW-Abschiebepaxis](#)

[PRO ASYL: Rechtsbruch beenden!](#)

Migrationspolitik im Bundestagswahlkampf

Über die Abwesenheit des Themenfeldes Migration und Asyl wunderte sich der Deutschlandfunk Kultur bereits am 09.08.2021 in einem Kommentar – obwohl weltweit noch nie so viele Menschen Schutz suchend seien wie heute. Die Stille deutete der Autor als ein Einknicken vor Rechtspopulisten. Mit der Einnahme Kabuls durch die Taliban und der Diskussion um die Aufnahme von afghanischen Bürgerinnen in Deutschland ist das Thema jetzt wieder in den Fokus gerückt.

Zur Chiffre für den Unions-Wahlkampf ist der in vielen Medien zitierte Satz Armin Laschets geworden, 2015 dürfe sich nicht wiederholen. Laut Tagesschau vom 18.08.2021 greife die Union mit diesem Statement vom 16.08.2021 damit Alice Weidels frühere Aussage, 2015 dürfe sich nicht wiederholen auf, und grenze sich aber gegenüber den Grünen klar ab. CSU-Chef Markus Söder hätte der grünen Kanzlerkandidatin Anna-Lena Baerbock vorgeworfen, sie stelle mit ihrer Forderungen nach Kontingenten für afghanische Flüchtlinge einen Blankoscheck aus.

Im Medienecho hallt der Satz kritisch nach. Menschen, die nach 2015 nach Deutschland gekommen seien, würden redämonisiert, merkt der Tagesspiegel am 17.08.2021 an. Deshalb sei der Satz riskant, er suggeriere eine allgemeingültige negative Interpretation des Jahres 2015. Kaum jemand denke dabei an den Geist der Solidarität, wenn er diesen Satz höre, kommentiert die Süddeutsche am 17.08.2021. Wer sage, dass 2015 sich nicht wiederholen dürfe, der sage: Diese Humanität können wir uns nur einmal leisten.

Darüber hinaus sei die Zuwanderung von 2015 auf Grund von verschärfter Grenzsicherung und der Entscheidung Griechenlands, die Türkei zu einem sicheren Drittstaat zu erklären, heute gar nicht mehr möglich, führt die Tagesschau vom 17.08.2021 an.

Währenddessen äußere sich auch der SPD-Spitzenkandidat Olaf Scholz ähnlich wie die Union. Er spräche sich für die Aufnahme von Helferinnen aus, aber gegen eine pauschale Öffnung, so die Süddeutsche vom 19.09.2021. Nur Annalena Baerbock hätte von Zahlen gesprochen, einem Kontingent von 10.000 Menschen. Die FDP setze auf einen EU-Sondergipfel.

Jenseits der aktuellen politischen Wahlkampfdebatten haben sowohl PRO ASYL im April 2021 als auch der UNHCR am 03.03.2021 flüchtlingspolitische Forderungen zur Bundestagswahl ausgearbeitet und veröffentlicht. Diese richten sie an eine künftige Bundesregierung. Zentrale Forderungen von PRO ASYL sind unter anderem die Einstellung der Finanzierung von Grenzschützerinnen, die Pushbacks durchführen und die Aufkündigung des Abkommens mit der Türkei. Der UNHCR setzt neben anderen Punkten auf Deutschlands positive Rolle im Flüchtlingsschutz und fordert entwicklungspolitische Unterstützung für Aufnahmeländer, um dort zur Inklusion von Flüchtlingen beizutragen. Darüber hinaus bekräftigt der UNHCR die Bedeutung der Genfer Flüchtlingskonvention.

[Deutschlandfunk Kultur: Bundestagswahlkampf – Die vergessenen Flüchtlinge](#)

[Tagesschau: Die zweideutige Botschaft der Union](#)

[Tagesspiegel: Warum „2015 darf sich nicht wiederholen“ falsch und beschämend ist](#)

[Süddeutsche: Ein Satz aus Angst](#)

[Tagesschau: Kaum zu vergleichen mit 2015](#)

[Süddeutsche: Reizthema zur Unzeit](#)

[PRO ASYL: Menschenrechte zählen](#)

[UNHCR: Vier Ansätze für besseren Flüchtlingsschutz](#)

OVG NRW unterbindet Abschiebung nach Italien

Über Italien eingereiste Schutzsuchende können nicht mehr ohne Weiteres aus Deutschland nach Italien abgeschoben werden. So urteilte das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (OVG NRW) am 20.07.2021 (11 A 1674/20.A, 11 A 1689/20.A). Ein in Italien als schutzberechtigter anerkannter Somalier und ein Asylsuchender aus Mali, die aus Italien weitergereist waren, hatten geklagt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hatte die Asylanträge der Kläger als unzulässig abgelehnt, weil in beiden Fällen Italien zuständig sei, und die (Rück-)Überstellung nach Italien angeordnet.

Das OVG NRW erklärte die Abschiebung nach Italien für rechtswidrig. Es begründete die Entscheidungen mit einer extremen materiellen Not, in die die Kläger geraten würden, weil sie in Italien für einen längeren Zeitraum weder Unterkunft noch Arbeit finden würden. Dabei verweist es auf den Fortbestand einiger Regelungen der sogenannten Salvini-Dekrete, durch die viele Schutzsuchende in Italien ihr Recht auf Unterkunft verloren hätten.

Schon im Januar hatte das OVG NRW Überstellungen nach Griechenland untersagt (11 A 1564/20.A, 11 A 2982/20.A). Auch damals war die Begründung die drohende existenzielle Not. Im Mai hatten wir im Newsletter darüber berichtet. Gegenüber der Augsburger Allgemeinen Zeitung kommentierte der Leiter der Europa-Abteilung von PRO ASYL, Karl Kopp, am 06.08.2021 die jüngste Rechtsprechung: „Es sind wegweisende Urteile, die möglicherweise auch eine Signalwirkung in die Zukunft haben.“

Das OVG NRW hat keine Revision zugelassen. Dagegen kann Beschwerde vor dem Bundesverwaltungsgericht eingereicht werden.

[OVG: Aus Italien nach Deutschland weitergereiste Schutzberechtigte oder Asylsuchende ohne Aussicht auf Unterkunft und Arbeit dürfen nicht rücküberstellt werden.](#)

[Augsburger Allgemeine Zeitung: CDU kritisiert die Asylpolitik Italiens scharf](#)

Ausschreitungen gegenüber Flüchtlingen in der Türkei

Von Verwüstungen und Brandschätzungen in Ankara berichtet am 12.08.2021 die Deutsche Welle. Im Bezirk Altindag hätten Menschen Häuser und Geschäfte von Syrerinnen angegriffen. Sie würden ausländerfeindliche Parolen schreien und einige würden die Hände zum Symbol der Grauen Wölfe formen. Begonnen hätte alles mit einer Fehde unter jugendlichen Syrerinnen und Türkinnen. Ein türkischer Jugendlicher wäre am Abend des 10.08.2021 den Verletzungen einer Messerstichwunde erlegen.

Laut Berichten vom 13.08.2021 auf ZEIT-ONLINE nahm die Polizei 76 Personen fest. Den Festgenommenen werde vorgeworfen, unwahre Äußerungen in den sozialen Medien verbreitet und damit die Öffentlichkeit provoziert zu haben. Die türkische Regierung hätte von den schlimmsten Ausschreitungen gegen Flüchtlinge seit mehreren Jahren gesprochen.

Nach Angaben der Uno-Flüchtlingshilfe lebten im Dezember 2020 4,1 Millionen Flüchtlinge und Asylsuchende in der Türkei, davon über 3.6 Millionen aus Syrien. Damit ist die Türkei das größte Aufnahmeland.

Anlass für die Krawalle sieht die Deutsche Welle in der flüchtlingsfeindlichen Rhetorik der kemalistischen Partei CHP. Ein Wortführer hätte umfangliche Abschiebungen versprochen. Die Tagesschau beobachtet schon seit längerem eine sich verschlechternde Stimmung, hieß es in einem Bericht vom 13.08.2021. Die wirtschaftlich angespannte Situation habe die anfangs große Hilfsbereitschaft und Toleranz in der türkischen Gesellschaft vielerorts verschwinden lassen.

Handlungsbedarf sehen Beobachterinnen aber nicht nur in der Türkei selbst, sondern auch seitens der EU. Die Tagesschau zitiert Beobachterinnen, die kritisch anmerken, dass die EU sich auf dem bestehenden Abkommen mit der Türkei ausruhen würde. Die Herausforderungen für ein Land, fast vier Millionen Flüchtlinge zu integrieren, wären allein mit Geldzahlungen auf lange Sicht nicht zu bewältigen.

[Deutsche Welle: Tumulte in Ankara: Wenn der Fremdenhass brodelte.](#)

[Zeit-Online: Festnahme nach Angriffen auf Häuser von Syrern](#)

[UNO Flüchtlingshilfe: Zunehmende Herausforderungen für das größte Aufnahmeland von Flüchtlingen weltweit](#)

[Tagesschau: Stimmung gegenüber Flüchtlingen kippt](#)

Termine

Bonn, 21.08.2021: Seebrücke Bonn „Demonstration: Solidarität mit Afghanistan“ 15:00 Uhr. Weitere Informationen unter bonn@seebruecke.org

Online-Austausch, 25.08.2021: Flüchtlingsrat NRW e.V. „Die Situation traumatisierter Flüchtlinge in NRW“ 17:00 – 18:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung über initiativen@frnrw.de

Online-Austausch, 24.08.2021: Flüchtlingsrat NRW e.V. „Besondere Bedarfe jugendlicher Flüchtlinge“ 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung über ehrenamt1@frnrw.de

Online-Fachtagung, 24.08.2021: Integrationsagentur AWO UB Dortmund/Carmen e.V.: „Gender, Migration, Empowerment. Perspektiven für die Soziale Arbeit mit Mädchen* und Frauen*“. 10:00 – 15:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung über j.wenzel@awo-dortmund.de.

Online-Infoveranstaltung, 26.08.21: Friedrich-Naumann-Stiftung „Wer sind die Rohingya?“ 18:00 – 19:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung über stefanie.wolf@freiheit.org und auf <https://shop.freiheit.org/#!/Veranstaltung/im64s>.

Duisburg, 26.08.2021: Verein für die solidarische Gesellschaft der Vielen „Stilles Gedenken am Jahrestag des rassistischen Brandanschlags in Duisburg Wahnheimerort“ 18:00 Uhr. Weitere Informationen unter [SGDVO](#)

Online-Veranstaltung, 26.08.2021: Projekt.Kollektiv von IDA-NRW „Intersektionale Perspektiven auf Empowerment in der Jugendarbeit“ Weitere Informationen und Anmeldung über projekt.kollektiv@IDA-NRW.de

Düsseldorf, 25.08.2021: Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge Düsseldorf e.V.: „Schulung: Traumasensible Grundhaltung“. 14:30 – 17:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [PSZ Düsseldorf](#).

Online-Workshop, 25.08.2021: Kölner Flüchtlingsrat e.V.: „Kommunikation mit der Ausländerbehörde“. 18:00 – 20:00 Uhr. Sprachen: Arabisch, Deutsch. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Kölner Flüchtlingsrat e.V.](#) sowie über huser@koelner-fluechtlingsrat.de.

Duisburg, 28.08.2021: Verein für die solidarische Gesellschaft der Vielen „Fest der Vielen. Umsonst und Draußen“ 15:00 – 20:00 Uhr. Weitere Infos unter <https://sgdv.org/aktuelles/>

Online-Veranstaltung, 28.08.2021: Institut für Kirche und Gesellschaft: „Praxistagung Flucht und Ehrenamt“. 09:30 – 15:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Institut für Kirche und Gesellschaft](#).

Köln, 28.08.2021: Coach e.V./WandelWerk Köln/Migrafrica: „Start your future. Deine Berufs- und Ausbildungsmesse“. 10:00 – 18:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Eventbrite](#).

Online-Austausch, 31.08.2021: Flüchtlingsrat NR e.V. „Arbeitsmarktzugang von Flüchtlingen in Ausbildung und Beschäftigung in Pandemiezeiten“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Veranstaltung, 31.08.2021: Museum Ludwig / Domid e.V. “Here, take a picture. Photography and Memory of Migration - Vortrag von Dr. Ela Kaçel“. 19:00 Uhr. Weitere Infos unter [Kunstfreunde Köln](#)

Online-Infoveranstaltung, 01.09.2021: Kölner Freiwilligen Agentur e.V./ Kölner Flüchtlingsrat e.V. „Infoveranstaltung: Pat:innenprojekt außerschulischer Begleitung geflüchteter Kinder“ 13:30 – 14:30 Uhr. Weitere Infos unter Luise.martin@koeln-freiwillig.de und [Kölner Freiwilligen Agentur](#)

Online-Seminar, 01.09.2021: Runder Tisch NRW/ Bildungsportal KUTAIRI „Grundlagen zum Thema Mädchenbeschneidung“ 15:00 – 17:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung über haverkamp@friedensband.de und [Anmeldelink](#)

Online-Schulung, 06.09.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Rechtliche Rahmenbedingungen des Zugangs von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt“. 16:30 – 19:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Web-Seminar, 07.09.2021: Friedrich-Ebert-Stiftung „Aufstehen im Netz: Mit den sozialen Netzwerken gegen Rassismus. Ein Schreib-Workshop“ 18:00 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung über Annika.Arnold@fes.de und [FES](#)

Online-Austausch, 09.09.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Ehrenamtliche Unterstützung beim Deutschlernen“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Essen, 10.-11.09.2021: VielRespektZentrum „Veranstaltungsplanung zu Empowerment“ ganztägig. Weitere Infos und Anmeldung über theresa.peters@gesellschaftundkirche.de & sina.resch@gesellschaftundkirche.de

Online-Autorenlesung, 13.09.2021: AWO Dortmund „Herkunft mit Saša Stanišić“ 19.30 – 21 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung über praktikumia@awo-dortmund.de.

Online-Fachtagung, 14.09.2021: Zentrum für Integrations- und Migrationsarbeit e.V., Duisburg „Digitalisierung in der Migrationssozialarbeit“ 14:00 – 16:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung über fachtagung@ziuma.de und www.ziuma.de

Web-Seminar, 14.09.2021: Friedrich-Ebert-Stiftung „Love trumps Hate. Strategien zum Umgang mit Hasskommentaren im Netz. Weitere Informationen und Anmeldung über Annika.Arnold@fes.de und [FES](#)

Online-Austausch, 15.09.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Härtefallverfahren bei der Härtefallkommission NRW“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Köln, 18.09.2021: Rom e.V./Kölner Literaturnacht: „Buchvorstellung mit Jovan Nikolić“ 16:00 Uhr. Weitere Informationen auf [Kölner Literaturnacht](#)

Bielefeld, Dortmund & Köln, 18.09.2021: „Rettungskette für Menschenrechte“ Weitere Informationen unter [Rettungskette für Menschenrechte](#)

Online-Austausch, 16.09.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Probleme bei der Wohnungssuche“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Austausch, 22.09.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Engagement für und mit geflüchtete(n) Frauen“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Austausch, 23.09.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Begegnungen schaffen“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Austausch, 29.09.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Aufenthaltsrechtliche Hürden bei der Vaterschaftsanerkennung“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

www.fnrnw.de

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum